

B E B A U U N G S P L A N

AUFTRAGGEBER:		GEMEINDE: B E S S E R I N G E N	
AMTSBEZIRK:		M E T T L A C H	
BEZEICHNUNG DER LAGE		L I N D S C H E I D	
FLUR: 2	MASSTAB: 1:1000		DER LANDRAT DES KREISES MERZIG WADERN
ZEICHNUNG NR	DATUM	N A M E	
AUFGETRAGEN:			K R E I S P L A N U N G S S T E L L E
BEARBEITET:	29.4.67	L O R E N Z	MERZIG, DEN 2.5. 1967
GESEHEN			I.A.
GEPRÜFT			
ÄNDERUNGEN			
a			
b			
c			

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BBL. I, 8, 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom .. 26.5.1966 .. beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde BESSERINGEN durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1 Geltungsbereich	SIEHE ZEICHNUNG
2 Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	REINES WOHNGEBIET SIEHE ZEICHN.
2.1.1 zulässige Anlagen	SBAUNUTZUNGSVERORDNUNG § 3 ABS. 2
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
2.2 Baugebiet	
2.2.1 zulässige Anlagen	
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
2.3 Baugebiet	
2.3.1 zulässige Anlagen	
2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
3 Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE ZEICHNUNG
3.2 Grundflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.3 Geschossflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.4 Personenzahl	ENTFÄLLT
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4 Bauweise	OFFEN
5 Überbause und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE ZEICHNUNG
6 Straßen der baulichen Anlagen	SIEHE ZEICHNUNG
7 Mindestgröße der Baugrundstücke	ENTFÄLLT
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von Oberkante Straßenebene Mitte Haus bis OK Erdgeschossfußboden)	FESTSETZUNG IM EINZELFALL NACH STRASSENPROJEKT
9 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	INNERHALB DER ÜBERBAREN GRUNDSTÜCKSFLACHE
10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.	ENTFÄLLT
14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	SIEHE ZEICHNUNG
15 Verkehrsflächen	SIEHE ZEICHNUNG
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	LAUT STRASSENPROJEKT
17 Versorgungsflächen	SIEHE ZEICHNUNG
18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitung	ENTFÄLLT
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	ENTFÄLLT
20 Grundflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	SIEHE ZEICHNUNG
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFÄLLT
22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft	ENTFÄLLT
23 Mit Grün-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFÄLLT
24 Flächen für Gemeinschaftstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	ENTFÄLLT
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.	ENTFÄLLT
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
27 Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern	SIEHE ZEICHNUNG
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern.	ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN

- SATZUNG -

"KREIMERTSBERG TEIL II"

GEMEINDE : BESSERINGEN

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

SIEHE ANLAGE

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

1 Flächen, bei denen besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind

GEBAUDE MIT WENIGER ALS 50m ABSTAND
VOM WALD, FUNKENFLUGSCHUTZHAUBEN

2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind

ENTFÄLLT

3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht

ENTFÄLLT

4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

ENTFÄLLT

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG.

1 ENTFÄLLT

Planzeichen-Erklärung

	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude und Art der baulichen Nutzung
	Bestehende und geplante Straßen
	Reine Wohngebiete
	Allgemeine Wohngebiete
	Mischgebiete
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baulinie
	Baugrenze
	Wasserleitung
	Kanalleitung
	Geschosshöhe, I - zwingend, II - Höchstgrenze
	Grundflächenzahl, Geschosshöhenzahl
	Garage u. Einfahrten

	Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf Kindergarten
	Kirche
	Schule
	Verw. Gebäude
	Grünflächen
	Parkanlage
	Spielplatz
	Verkehrsflächen
	Öffentl. Parkflächen
	Flächen f. Versorgungsanlagen
	Umformerstation
	Flächen für die Landwirtschaft u.
	Vorverschiebung mit Geh-, Fahr- und Leitungsgerechten zu belastende Flächen (Wasserl., Kanall. Hochst.)

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG, ausgelegt von 25. 10. 1967 bis zum 24. 11. 1967
Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG, als Satzung vom Gemeinderat am 19. 12. 1967 beschlossen.

BESSERINGEN, den 22. Jan. 1968



Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG, genehmigt.

Saarbrücken, den 20. 5. 1968

Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

Im Auftrag

SAARLAND
Der Minister des Innern
- Oberste Landesbaubehörde -

Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG, wurde am 12. Juni 1968 ortsüblich bekanntgemacht.

BESSERINGEN, den 22. Jan. 1968

Der Bürgermeister

